



**Stadt Leverkusen**

Antrag Nr. 2021/0845

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-he

**Dezernat/Fachbereich/AZ**

23.06.2021

**Datum**

| Beratungsfolge           | Datum      | Zuständigkeit | Behandlung |
|--------------------------|------------|---------------|------------|
| Rat der Stadt Leverkusen | 28.06.2021 | Entscheidung  | öffentlich |

**Betreff:**

Baubeschluss für das Projekt „Revitalisierung Schlosspark Morsbroich“,  
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 23.06.2021 zur Vorlage Nr. 2021/0754 und  
zum Antrag Nr. 2021/0834

**Hinweis des Fachbereichs Oberbürgermeister, Rat und Bezirke:**

Entsprechend § 3 Absatz 4 a) der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Leverkusen, seine Ausschüsse und die Bezirksvertretungen ist durch den Rat am 28.06.2021 zu entscheiden, ob der verspätet zugegangene Antrag auf die Tagesordnung genommen wird.

**Anlage/n:**

0845 - Antrag



An den  
Oberbürgermeister  
Rathaus  
Uwe Richrath  
Friedrich- Ebert-Platz 1  
51373 Leverkusen

Leverkusen, den 23.06.2021  
**FDP Ratsfraktion**

Im Rat der  
Stadt Leverkusen

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens  
Jörg Berghöfer  
Valeska Hansen

Geschäftsführerin  
Agnes Pötz

Dönhoffstr. 99  
51373 Leverkusen

Tel: 0214 - 202 7439

info@fdp-ratsfraktion-lev.de

## **Ertüchtigung des Schlossparks nur mit Kostendeckelung aktualisiert**

Sehr geehrter Oberbürgermeister Richrath,

die FDP Ratsfraktion bittet Sie, folgenden Antrag zusammen mit der Vorlage 2021/0754 und dem Änderungsantrag der CDU/SPD (2021/0834) im Rat beraten zu lassen:

Nachdem der Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD im Finanzausschuss mehrheitlich angenommen wurde, passen wir hiermit die Summen für die Kostendeckelung an den Änderungsantrag an, sollte der Änderungsantrag auch im Rat eine Mehrheit erhalten, womit unser Antrag wie folgt lautet:

1. Die geplante Ertüchtigung des Schlossparks in Kooperation mit dem Wettbewerbsgewinner Pola oder ggf. mit anderen Projektentwicklern oder Landschaftsgestaltern wird auf die in dem oben genannten Änderungsantrag angegebene **Bruttogesamtsumme von € 1.505.000** gedeckelt.

Sollte die Verwaltungsvorlage in der ursprünglichen Form eine Mehrheit erhalten, lautet unser Antrag auf Kostendeckelung wie folgt:

2. Die geplante Ertüchtigung des Schlossparks in Kooperation mit dem Wettbewerbsgewinner Pola oder ggf. mit anderen Projektentwicklern oder Landschaftsgestaltern wird auf die in der o.g. Vorlage angegebene **Bruttogesamtsumme von € 1.620.000** gedeckelt.

Änderungswünsche aus der Politik oder durch ausführende Unternehmen müssen durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen und im Rat beschlossen werden.

Das geplante Brückenprojekt wird separat von der Politik beschlossen.

Begründung:

Seit dem Wettbewerbsgewinner zur Ertüchtigung des Schlossparks Morsbroich – Firma Pola – der Auftrag zur detaillierteren Ausgestaltung des Entwurfes erteilt worden ist, wurde eine detaillierte Ausführung in zahlreichen Gesprächsrunden im Rahmen von Kultur im Dialog erarbeitet und auf der Basis der verschiedenen Vorschläge ist nun die Vorlage für den Baubeschluss vorgelegt worden. Er sieht nach neuen Berechnungen Kosten von rund 1.620.000 € brutto vor. Darin enthalten ein Risikozuschlag von 10% sowie ein städtischer Eigenanteil an den Erstellungskosten 540.000 €. Der Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD sieht immerhin noch Gesamtkosten von 1.505.000 € brutto vor mit einem Eigenanteil von 425.000 € brutto.

Insgesamt bleibt eine deutliche Steigerung gegenüber dem ursprünglichen Eigenanteil der Stadtkasse von 302.000 €. Um aber dieses wichtige Projekt für die Entwicklung des Schlosses Morsbroich nicht zu gefährden, stimmt die FDP-Fraktion dem Baubeschluss zu, fordert aber die Kostendeckelung auf die zuletzt festgelegten und abgestimmten Erstellungskosten. Eine ausufernde Kostenentwicklung wäre unverantwortlich und den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt angesichts langwieriger finanzieller Folgen durch die Corona-Pandemie keinesfalls zu vermitteln. Dieser Antrag soll somit auch die Verwaltung bei ihren Verhandlungen mit den beauftragten Firmen in ihrer Position bei der Ausgabendisziplin stärken.

Grundsätzlich sind wir immer noch der Ansicht, dass die Firma Pola bei der Kostenschätzung von 706.000 € im Rahmen des Wettbewerbs die Zahlen bewusst heruntergerechnet und damit das Wettbewerbsergebnis verzerrt hat. Auch deshalb verlangen wir, dass der vorgegebene Kostenrahmen hier nun verbindlich festgeschrieben wird.

Mit freundlichen Grüßen

Agnes Pötz  
Kulturpolitische Sprecherin

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens  
Fraktionsvorsitzende